

Ausgabe 2/2012

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Glück auf!

**Wie treffsicher
ist das Sparpaket?**

Gewerkschaft entschärft Einschnitte, Forderungen bleiben.

PRO-GE

Inhalt:

WEN TRIFFT DAS SPARPAKET?

Nach heftigen öffentlichen Diskussionen hat die Bundesregierung ihr Maßnahmenpaket zur Budgetkonsolidierung geschnürt. Die „Glück auf!“ hat die Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen unter die Lupe genommen. Fazit: Die Gewerkschaften konnten die schlimmsten Einschnitte verhindern, die Forderungen – vor allem nach mehr Steuererechtigkeit – bleiben aber weiter aktuell.

Seiten 4 bis 9

ARBEITZUFRIEDENHEIT

Seit 1997 gibt es für die Arbeitszufriedenheit einen Maßstab: den Österreichischen Arbeitsklima Index. Viermal jährlich werden die ArbeitnehmerInnen dafür zu ihrer persönlichen Bewertung ihres Arbeitsplatzes befragt. Wir haben uns spezifisch die Eisen-, Metall- und Elektrobranche angesehen.

Seite 11

FRÜHJAHRSLOHNRUNDE 2012

Kollektivvertragsverhandlungen in sieben Industriebranchen stehen ab Mitte März an. Es geht um Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie rahmenrechtliche Verbesserungen für mehr als 120.000 Beschäftigte.

Seiten 12 und 13

DEM GEMÜSE AUF DER SPUR

In der Bildreportage dieser Ausgabe dreht sich alles ums Gemüse. Bei ARDO in Groß-Enzersdorf werden von rund 220 ArbeiterInnen Spinat, Erbsen, Bohnen oder Wurzelgemüse aus dem Marchfeld bearbeitet und in die ganze Welt geliefert.

Seiten 16 und 17

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chefin vom Dienst: Barbara Trautendorfer. Redaktion (glueck-auf@proge.at): Karin Prokop, Robert Wittek, Wolfgang Purer, Irene Steindl. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Kurt Dapré, Christian Redtenbacher, Claudia Ziegler/Bergbahnen Hofgastern. Cartoon: Bull. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 12. April 2012.

ALLES, WAS RECHT IST!

Welche Gesetze gelten, wenn Arbeitskräfte aus anderen Ländern nach Österreich überlassen werden? Ein Rechtsstreit um diese Frage beschäftigte vor Kurzem den Obersten Gerichtshof.

Seite 21

Unschuldsvermutung des Monats

Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser dürfte 2009 laut eigener Steuererklärung nur bescheiden verdient haben. Wie das Magazin „News“ berichtet, betrug Grassers Einkünfte lediglich rund 13.520 Euro, weshalb er auch nur etwa 900 Euro Steuern bezahlte. Die Finanz hege nun „den konkreten Verdacht einer Abgabenhinterziehung bezüglich Umsatzsteuer, Einkommensteuer und Kapitalertragssteuer“, heißt es im Bericht. Es gilt natürlich die Unschuldsvermutung. Zum Vergleich: Für seine Tätigkeit beim Magna-Konzern soll Grasser rund eine Viertelmillion Euro brutto im Monat bezogen haben – ein gravierender Gehaltseinbruch also. Bleibt die Frage, wie lange sich der Ex-Minister sein Penthouse im ersten Wiener Gemeindebezirk, für das er circa 20.000 Euro Miete bezahlen soll, und seine zwei Spitzenanwälte noch leisten wird können.

KURZ NOTIERT



PRO-GE Frauen starten Kampagne zum Frauentag

„Scher dich drum“ heißt die Kampagne der Frauen der Gewerkschaft PRO-GE, die zum Frauentag 2012 am 8. März ihren Auftakt fand und deren zentrales Symbol die rote Schere ist. Durch zahlreiche Aktionen in allen Bundesländern wurde auf den Einkommensunterschied aufmerksam gemacht. Mit Unterschriften-, Verteilaktionen und anderen

Aktivitäten wird im Rahmen der „Scher on tour“ auf öffentlichen Plätzen und in Betrieben für gleichen Lohn für gleiche Leistung geworben.

Überstunden in Österreich

Jeder/jede vierte österreichische ArbeitnehmerIn arbeitet länger als 40 Stunden in der Woche, knapp die Hälfte zwischen 35 und 40 Stunden. Fast ein Drittel der ArbeitnehmerInnen arbeitet mehr als vertraglich vereinbart, wie aus dem Arbeitsklima Index der Arbeiterkammer Oberösterreich hervorgeht. Nur 48 Prozent der Beschäftigten, die regelmäßig Mehrstunden leisten müssen, sind mit ihrer Arbeitszeit zufrieden. 18 Prozent wünschen sich, dass weniger Arbeitsstunden vertraglich vereinbart werden.

EU-Gipfel: „Zu viel ist zu viel“

GewerkschafterInnen haben vor dem EU-Gipfel in Brüssel gegen Sparprogramme und für mehr soziale Gerechtigkeit demonstriert. „Wir wollen hier heute sagen, dass zu viel zu viel ist“, sagte die Generalsekretärin des europäischen Gewerkschaftsdachverbandes ETUC, Bernadette Ségol. „All die Sparmaßnahmen, die den ArbeitnehmerInnen in der Europäischen Union auferlegt worden sind, werden uns nicht die Lösungen liefern, die wir brauchen.“

Lehre als Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit

Österreichs Ausbildungsinitiativen können als „Best Practice“-Modelle für andere Länder gelten. Das hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso nach einem Besuch der überbetrieblichen „Jugend am Werk“-Lehrwerkstätte in Wien-Brigittenau erklärt. In Ländern, wo es kein Lehrlingsystem gibt, ist die Jugendarbeitslosigkeit höher. Deshalb solle es mehr Initiativen geben, um Jugendliche in Europa in Beschäftigung zu bringen.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

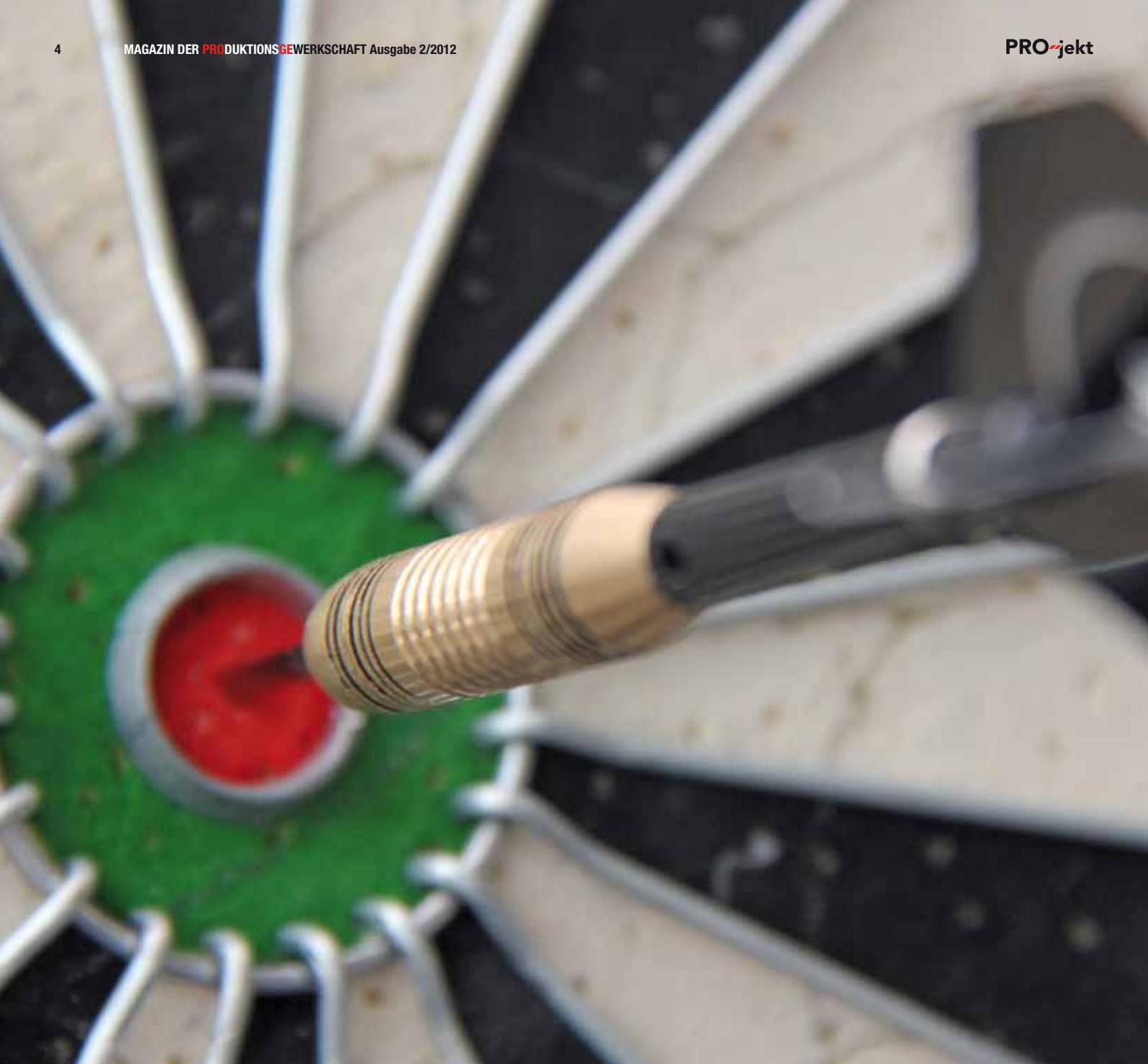
SPARPAKET: ERFOLG BEI ALTERSTEILZEIT

Das Sparpaket 2012 soll nun im Nationalrat beschlossen werden. Die PRO-GE hat zusammen mit ÖGB und AK bereits im Vorfeld Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen abwehren können. So standen zum Beispiel lange die Erhöhung des Eintrittsalters bei der Korridor pension oder gar die Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters zur Diskussion. Diese Verschlechterungen konnten wir frühzeitig verhindern. Wir haben uns mit aller Kraft bis zuletzt für Änderungen eingesetzt. Dabei ging es um intensive Überzeugungsarbeit, um einige schmerzhaft Stacheln für die ArbeitnehmerInnen zu entfernen.

Es hat sich gelohnt, für unsere Anliegen zu kämpfen. Zwei zentrale Punkte konnten wir mit unserem Engagement erfolgreich einbringen: So bleibt etwa das **Blockmodell bei der Altersteilzeit erhalten!** Ursprünglich wollte die Regierung diese Variante gänzlich abschaffen. Die Streichung hätte vor allem ArbeiterInnen betroffen und ihnen den Zugang zur Altersteilzeit verwehrt. Unserem Einwand, dass zum Beispiel in Schichtbetrieben oder auf Montage eine klassische Teilzeitarbeit nicht möglich ist, wurde Rechnung getragen. Die Blockvariante bleibt, wenn eine Ersatzkraft eingestellt wird. Dies hat auch positive Effekte auf den Arbeitsmarkt. Ebenso vehement kritisiert wurde von uns die schrittweise Anhebung des Alters beim **Tätigkeitsschutz** von 57 auf 60 Jahre bis 2017. Dadurch war zu befürchten, dass die betroffenen Menschen in die Arbeitslosigkeit abgeschoben werden. In diesem Punkt ist es uns gelungen, die **Härtefall-Regelung für Betroffene** aufrecht zu erhalten.

Das sind Erfolge, die nur durch die Überzeugungskraft unserer starken Gewerkschaft möglich geworden sind. Wir werden als PRO-GE weiter intensiv für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Denn bereits vor Inkrafttreten der verschiedenen Maßnahmen werden Meinungen laut, dass das Sparpaket zum Defizitabbau nicht ausreichen werde. Daher müssen wir als Gewerkschaft schon heute klar Position beziehen, was passieren soll, wenn etwa die veranschlagten Einnahmen der Finanztransaktionssteuer (Börsenumsatzsteuer) oder das Geld aus einem Steuerabgeltungsabkommen mit der Schweiz nicht zeitgerecht eingehoben werden können. Wir sagen: Mit diesem Paket ist nun Schluss mit den Belastungen der ArbeitnehmerInnen. Wir verlangen eine echte Vermögenssteuer mit einer Freigrenze von 700.000 Euro. Auch wenn es zurzeit in der Koalitionsregierung nicht mehrheitsfähig ist, die **Reichensteuer bleibt ganz oben auf unserer Agenda.**

Glück auf!
Euer Rainer Wimmer



Wen trifft das Sparpaket?

Forderung nach Reichensteuer bleibt!

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter
www.proge.at

Das Sparpaket der Bundesregierung wird Ende März im Nationalrat beschlossen werden. Viele Verschlechterungen konnten die Gewerkschaften erfolgreich verhindern. Doch einige Änderungen belasten vor allem ArbeitnehmerInnen, während zum Beispiel sehr hohe Privatvermögen weiterhin ungeschoren davonkommen. Ein kurzer Überblick (Stand 6. März).



Jürgen Michlmayr,
PRO-GE Bundesjugendvorsitzender

die Erbschafts- und Schenkungssteuer mit fairen Freigrenzen bleiben daher weiter auf der Agenda der Gewerkschaften.

+ Keine Verschlechterungen für Arbeitslose und bei Sozialplänen. Im Sparpaket sind keine Maßnahmen zulasten der Arbeitslosen enthalten. Das Arbeitslosengeld wird auch in der ersten Woche der Arbeitslosigkeit bezahlt – wie bisher! Ebenso kommt die vom Finanzministerium vehement geforderte Verschlechterung bei der Besteuerung von Sozialplänen nicht.

– Anhebung des Tätigkeitsschutz-Alters. Der Tätigkeitsschutz für Geringqualifizierte wird schrittweise von 57 auf 60 Jahre angehoben. Es fehlen konkrete Maßnahmen, die nach einer Umschulung eine spätere Beschäftigung gewährleisten. Die PRO-GE hat in diesem Punkt erreicht, dass die Härtefall-Regelung für Betroffene aufrecht bleibt. Zudem fordern die Gewerkschaften ein Bonus-Malus-System für UnternehmerInnen, die Ältere beschäftigen bzw. nicht beschäftigen.

+ Keine Privatisierungen. Trotz hohem Druck von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung sind zurzeit keine kurzfristigen Einmaleffekte durch weitere Privatisierungen geplant.

– Kürzung der Bausparprämie. Die Förderung beim Bausparen zu halbieren, könnte sich als Bumerang erweisen. Erstens trifft diese Maßnahme rund fünf Millionen BausparerInnen, somit also fast ausschließlich ArbeitnehmerInnen. Und zweitens ist die staatliche Prämie keine „Sparförderung“, sondern in Wirklichkeit eine „Finanzierungsförderung“. Gerade in konjunkturschwachen Zeiten ist es schwer, an Finanzierungsdarlehen zu kommen, und genau hier liegt die Kernfunktion des Bausparens. Zum Vorteil für Wirtschaft und Beschäftigung.

+ Keine Erhöhung von Massensteuern. Lange Zeit wurde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Spritsteuer diskutiert. Diese Belastungen haben die Gewerkschaften abgewendet.

– Hohe Vermögen bleiben unangetastet. Im Bereich der neuen Einnahmen sind etwa mit der Besteuerung von Immobiliengeschäften und -spekulationen, der Reform der Gruppenbesteuerung oder mit dem Solidarbeitrag von BezieherInnen großer Gehaltseinkommen wesentliche Schritte gelungen. Wichtige Ziele für mehr Steuergerechtigkeit konnten aber nicht erreicht werden. Eine echte Besteuerung von hohen Privatvermögen sowie

Ein Prozent von 800 Mrd. Euro.

Die reichsten zehn Prozent in Österreich besitzen an die 800 Milliarden Euro Immobilien- und Finanzvermögen. Eine Besteuerung dieses enormen Vermögens brächte acht Milliarden Euro für den Staatshaushalt. Ein Sparpaket wäre hinfällig.

Das Sparpaket lässt meiner Meinung nach allein deshalb Verteilungsgerechtigkeit vermissen, weil es zu 70 Prozent aus Ausgabenkürzungen und nur zu 30 Prozent aus neuen Einnahmen besteht. Dennoch ist positiv anzumerken, dass durch den Druck von Gewerkschaften einige Verschlechterungen nicht gekommen sind, wie zum Beispiel die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters, eine Erhöhung von Massensteuern oder die Einführung von Studiengebühren.

Das Vorhaben einer Finanztransaktionssteuer oder die Forderung nach einer Abgeltungssteuer durch die Schweiz sind zwar gute Ansätze, allerdings kann Österreich das nicht allein umsetzen, und momentan scheint die Verwirklichung eher unrealistisch zu sein. Sollten diese Punkte nicht zur Umsetzung kommen, wird das Paket in der Frage der Verteilungsgerechtigkeit noch unausgewogener. Denn ausgabenseitig sind die Maßnahmen bereits sehr konkret und werden für die Menschen sicher schlagend. In Bezug auf die Hebung des faktischen Pensionsantrittsalters fehlt zudem eine Verbindlichkeit für Betriebe, gesundheitsfördernde Maßnahmen durchzuführen.

Positive Punkte im Sparpaket sind außerdem die Umwidmungsabgabe und die Einführung einer Solidarabgabe für SpitzenverdienerInnen. Das Auslaufen dieser Regelung mit 2016 sehe ich allerdings nicht ein.

Durch die Realisierung einiger Punkte wäre es einfach gewesen, für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, etwa durch die Einführung echter Vermögenssteuern ohne Befristung, durch eine Finanztransaktionssteuer – wenn nötig auch im Alleingang – oder durch die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Gewerkschaften werden auf alle Fälle weiter vehement auf die Umsetzung dieser Forderungen drängen.



Innen bei Beendigung des Dienstverhältnisses in der Höhe von 110 Euro. Die PRO-GE Jugend kritisiert, dass dieser Beitrag nicht bei Lehrlingen zur Anwendung kommt. Ausgenommen werden auch befristete Dienstverhältnisse im Tourismus und in der Landwirtschaft.

+ Pensionskonto. Die raschere Umstellung auf das Pensionskonto ab Jahrgang 1955 bringt mehr Sicherheit und Transparenz. Geplant ist zudem eine höhere Bewertung von Kindererziehungszeiten. Bedingung: Bei der Umstellung ab 2014 müssen alle ArbeitnehmerInnen eine Kontomitteilung erhalten.

Ausgaben für Nahrung, Wohnung und Energie

Die reichsten zehn Prozent der Familien geben von ihrem Budget nur ein Viertel (24,5 Prozent) für Essen, Wohnen und Energie aus. Die zehn Prozent der Familien mit dem kleinsten Budget benötigen den Großteil (62,5 Prozent) „fix“ für Wohnen, Energie und Ernährung. Wird bei dieser Gruppe gespart, wirkt sich das negativ auf den privaten Konsum aus.

– Änderung bei Korridor pension. Bereits im Vorfeld ist es der PRO-GE gelungen, eine Anhebung des Antrittsalters von 62 auf 63 Jahre zu verhindern. Jedoch werden statt der 37,5 nun 40 Versicherungsjahre verlangt. Der Abschlag soll ab dem Jahrgang 1955 von bisher zwischen 4,2 Prozent und 6,3 Prozent künftig auf 5,1 Prozent vereinheitlicht werden. Eine gesetzliche Höchstgrenze der Abschläge ist aber weiterhin nötig.

+/- Neue/Höhere ArbeitgeberInnenbeiträge. Die DienstgeberInnenbeiträge bei der Nachtschwerarbeit werden erhöht. Neu ist ein Arbeitsmarktbeitrag der Arbeitgeber-

– Geringere Pensionsanpassungen. Das Sparpaket bringt in den nächsten Jahren auch eine geringere Pensionsanpassung. Hier drängt die PRO-GE vehement darauf, dass zumindest die Kaufkraft erhalten bleibt und eine soziale Staffelung der Erhöhungen erfolgt.

+ Finanztransaktionssteuer. Eingeplant wurden auch neue Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer und durch ein Abgeltungsabkommen mit der Schweiz. Dieses soll vor allem Steuerflüchtlinge treffen. Einzig: Der Zeitpunkt für die Einführung beider Maßnahmen ist noch sehr unsicher.

+ Erfolg bei Altersteilzeit: Blockmodell bleibt. Die Förderung der Altersteilzeit ist nunmehr bis zum Regelpensionsalter möglich. Aber die Begrenzung auf eine Höchstdauer von fünf Jahren ist kontraproduktiv. Klar abgelehnt wurde von der PRO-GE die geplante Abschaffung des Blockmodells. Diese wurde von der Bundesregierung Anfang März auch zurückgenommen: Das Blockmodell bleibt, wenn eine Ersatzarbeitskraft eingestellt wird.

+ Gesetzliches Pensionsalter bleibt. Auch in diesem Punkt konnten sich Gewerkschaften und Arbeiterkammer durchsetzen. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter liegt weiterhin bei 65 Jahren. Besonders heftig wurde um die plötzliche Hinaufsetzung des Frauenantrittsalters gerungen – es bleibt bei der Angleichung ab dem Jahr 2024.





Die PRO-GE Frauen überreichten 8.228 Unterschriften an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

Frauenpensionsalter

8.228 Unterschriften bei Online-Petition

„Nein zur vorzeitigen Anhebung des Frauenpensionsalters!“ war der Titel der von den PRO-GE Frauen gestarteten Online-Petition, die über 8.000 Frauen und Männer mit ihrer Unterschrift unterstützten. Im Sparpaket ist nun die vorzeitige Angleichung nicht vorgesehen.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.proge-frauen.at

Rund eineinhalb Monate gab es die Möglichkeit, gegen die vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsalters zu unterschreiben. Anfang Februar übergaben die PRO-GE Frauen die Unterschriften an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. „Enorm viele Menschen finden es ungerecht, wenn die Gleichstellung von Frauen ausgerechnet beim Pensionsantrittsalter beginnen soll“, so Renate Anderl, Bundesfrauenvorsitzende der PRO-GE.

Wir haben einige Kommentare ausgewählt, die zeigen sollen, worüber sich die UnterstützerInnen am meisten ärgern.

Es ist leicht, in den Streitgesprächen festzulegen, das Pensionsantrittsalter der Frauen müsse unbedingt erhöht werden. Aber haben sich unsere Politiker schon einmal überlegt wo denn die Arbeitsplätze sind, an denen wir Frauen bis 65 arbeiten können. Ich möchte gerne einen Politiker bzw. eine Politikerin sehen, wie er oder sie mit 65 in einer Fabrik oder Großwäscherei im Schichtbetrieb arbeitet.

Petra Gege

Liebe Entscheidungsträger! Mir ist klar, dass das Pensionssystem schwer gefordert ist und dass es unserem Budget nicht gut geht. Aber vielleicht wäre es empfehlenswert, vorher dafür zu sorgen, dass jene, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, auch wirklich Arbeit finden, anstatt ihnen noch mehr Jobmöglichkeiten zu nehmen, indem man das Pensionsalter für Frauen anhebt. Ganz abgesehen davon, dass man ja bei den Männern bereits sieht, dass viele gar nicht so lang arbeiten können, selbst wenn sie wollen. Und das noch nicht mal nur wegen der Gesundheit, sondern weil sie keinen

Job mehr kriegen. Für mich ist das Pensionsalter ohnehin bei mindestens 65, aber vielleicht hilft eine kleine Stimme aus der Basis ja beim planen.

Monika Lux

Ich bin gegen eine Pensionsangleichung. Frauen haben ohnedies zu 75 Prozent einen geringfügigen oder Teilzeitjob sowie Karenzzeiten, die nicht zur Gänze angerechnet werden. Ich habe die Pensionsdebatte über das Antrittsalter satt. 40 Versicherungsjahre bei Frauen und 45 Versicherungsjahre bei Männern müssen genug sein. Wir werden für unsere Rechte kämpfen.

Wolfgang Knes

Weder bei Männern noch bei Frauen sollte das Pensionsantrittsalter in die Höhe gesetzt werden! Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen steigt. Immer mehr Frauen und Männer sind psychisch krank, da der Druck in den diversen Arbeitsstätten immer mehr wird. Wollen wir wirklich alle so lange arbeiten lassen, dass sie so wieso tot umfallen, bevor sie eine Pension beziehen können?

Manuela Ollrom

„Steuern auf Vermögen fehlen“

Dr. Markus Marterbauer bewertet im Interview das vorliegende Sparpaket, erklärt, was seiner Meinung nach fehlt und warum drei Prozent Budgetdefizit für Österreich zu hoch sind.

Glück auf!: Ist das vorgelegte Sparpaket ihrer Meinung nach sozial ausgewogen?

Markus Marterbauer: Ich glaube, alles in allem ist es ausgewogen. Durch zusätzliche Staatseinnahmen wie die Immobiliensteuer, die höhere Steuer auf Spitzeneinkommen und über die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage trifft es auch die oberen Einkommensgruppen merklich.

Schmerzlich ist allerdings, dass bei Pensionen und bei den Beamten die Inflation nicht gänzlich ausgeglichen wird, und die fehlende Besteuerung von Vermögensbeständen.

Glück auf!: Sie haben einmal gesagt, das Sparpaket muss danach beurteilt werden, wie es sich auf Nachfrage und Beschäftigung auswirkt. Wie wird es sich darauf auswirken?

Marterbauer: Insgesamt muss man sagen, dass das Sparpaket viel klei-

ner ausgefallen ist als in den anderen EU-Ländern. Das ist aber angemessen, weil unsere Budgetsituation auch viel günstiger ist. Klar ist, dass jede Form des Sparens, die die Einkommen der privaten Haushalte trifft, nachfrage- und damit beschäftigungsdämpfend wirkt. Deshalb ist für mich besonders wichtig, dass heuer, in einem voraussichtlich wachstumsschwachen Jahr, keine solchen Maßnahmen wirksam werden.

„Jede Form des Sparens, die die Einkommen der privaten Haushalte trifft, wirkt nachfrage- und damit beschäftigungsdämpfend.“

beschäftigungspolitische Maßnahmen zu begegnen. Insbesondere bei den Jüngeren und Älteren, weil sich ja zum Beispiel der Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst bei den Jüngeren sicher negativ auswirken wird. Und dann muss sich die Politik überlegen, was sie für die jüngeren Menschen machen kann, deren Arbeitsmarktlage ja jetzt schon unbefriedigend ist.

Aber auch 2013 und 2014 brauchen wir eine Vorbereitung darauf, einer möglichen steigenden Arbeitslosigkeit durch aktive

„Bei der Besteuerung von Vermögenseinkommen wurden bereits große Fortschritte gemacht.“

Glück auf!: Werden Vermögende durch das Sparpaket genügend an der Konsolidierung beteiligt?

Marterbauer: In den letzten Jahren wurden bei der Besteuerung von Vermögenseinkommen große Fortschritte gemacht, man denke dabei etwa an die Wertpapier-Kapitalertragssteuer. Früher hatten wir das Problem, dass 100 Euro zusätzliches Arbeitseinkommen mit 30 Prozent, 40 Prozent, 50 Prozent Steuern belegt waren. 100 zusätzliche Euro aus leistungslosem Einkommen, zum Beispiel aus Aktiengewinnen, waren allerdings unbesteuert. Die Besteuerung war ein großer Fortschritt und dieses Prinzip wird jetzt auch auf Immobilien übertragen. Auch durch die Umwidmungsabgabe werden leistungsfreie Zusatzeinkommen endlich besteuert.

Was noch fehlt, ist die Besteuerung von Vermögensbeständen. Das ist deswegen so notwendig, weil das Vermögen so extrem ungleich verteilt ist: Zwei Drittel des gesamten Vermögens sind bei den obersten zehn Prozent der Haushalte kon-



Dr. Markus Marterbauer ist Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und Autor des Buches „Zahlen bitte – Die Kosten der Krise tragen wir alle“.

zentriert. Das kann man nur durch Vermögensbestandssteuern korrigieren. Auch wenn solche Steuern im Zuge des Sparpakets leider nicht geglückt sind, müssen sie politisch weiterverfolgt werden, weil wir uns die notwendigen Investitionen in den Sozialstaat und die Entlastung des Faktors Arbeit in den nächsten Jahren nur so leisten werden können.

Dass Spitzeneinkommen höher besteuert werden, finde ich grundsätzlich gut, ich sehe aber nicht ein, warum diese Regelung nach vier Jahren auslaufen soll. Die Pensionskürzungen sind schließlich auch dauerhaft. Darüber wird man wohl in vier Jahren noch einmal reden müssen.

Glück auf! Ziel des Sparpakets war unter anderem, unabhängiger von den Finanzmärkten zu werden. Ginge das nicht auch durch Regulierung der Finanzmärkte?

Marterbauer: Ja, das ist das Entscheidende. Die Politik muss durch eine stärkere Regulierung wieder die Oberhand über die Finanzwirtschaft gewinnen. Das geht al-

lerdings nur auf europäischer Ebene. Wir brauchen europaweit eine stärkere Besteuerung der Finanzmärkte und eine aktivere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Für diese Maßnahmen muss sich die österreichische Politik aktiv einsetzen.

Unabhängig von der Meinung von Ratingagenturen ist ein Budgetdefizit von drei Prozent an der gesamten Wirtschaftsleistung unter langfristigen Gesichtspunkten zu hoch. Denn hohe Budgetdefizite und

Staatsschulden ziehen hohe Zinszahlungen nach sich, und wir wollen das Steuergeld ja lieber in die Bildung oder in die

Pflege stecken als in Zinsausgaben. Budgetkonsolidierung ist also notwendig. Sie muss aber so durchgeführt werden, dass sie den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat möglichst wenig beeinträchtigt. Das sind zentrale Forderungen, die im vorliegenden Sparpaket besser umgesetzt wurden als in den meisten anderen EU-Ländern. Was noch zu tun bleibt, ist, Vermögensbestände stärker zu besteuern und auf europäischer Ebene eine bessere Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

» **Europaweit müssen Finanzmärkte stärker besteuert und die Arbeitslosigkeit aktiver bekämpft werden.**«

BUCHTIPP



Markus Marterbauer:

ZAHLEN BITTE!

DIE KOSTEN DER KRISE TRAGEN WIR ALLE

Wien, Deuticke, 2011.
ISBN 978-3-552-06173-6
Erhältlich im ÖGB-Verlag
unter www.oegbverlag.at.



IN ARBEIT

Entdecke im Technischen Museum Wien die komplexe Arbeitswelt neu.

Unser Arbeitsleben verändert sich laufend und rasant. Doch was ist ausschlaggebend für diese Dynamik? Technische Entwicklungen? Wirtschaftliche Rahmenbedingungen? Gesellschaftlicher Wandel? Gehe mit der Ausstellung IN ARBEIT den wesentlichen Einflüssen und Veränderungen des Arbeits- und Berufslebens auf den Grund. Eindrucksvolle Bilder und historische Modelle erzählen von arbeitenden Menschen und ihren Arbeitsplätzen. Staune über einzigartige und ungewöhnliche Arbeitsgeräte. Erfahre mehr über Hierarchien und Gefahrenquellen am Arbeitsplatz sowie Maßnahmen zur Arbeitssicherheit – und entdecke die Auswirkungen zunehmender Mobilität und Globalisierung auf das Arbeiten.

Gewinne Eintrittskarten für die Ausstellung.

Unter allen E-Mail-Einsendungen an presse@proge.at bzw. Postkartensendungen an die PRO-GE Presse- und Öffentlichkeitsabteilung, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien verlosen wir fünf Mal zwei Eintrittskarten. Stichwort „IN ARBEIT“. Einsendeschluss: 20. April 2012.



MEDAILLENRAUSCH!

Sportliche Erfolge. Nur drei Teilnehmer von BSG-Bosch reisten Anfang Februar zu den Europäischen Winter-Betriebssportspielen nach Falun in Schweden. Zurück kamen sie mit einer unglaublichen Ausbeute von vier Gold- und zwei Bronzemedailen. Hermann Höllbacher wurde Europameister im Riesentorlauf und im Slalom. Anton Walkner konnte sich in diesen Disziplinen jeweils die Bronzemedaille sichern. Peter Marchl setzte sich bei den 10 km und 20 km Langlaufwettbewerben souverän durch.



BR-NEUGRÜNDUNG BEI ATLAS COPCO POWERCRUSHER

Es bedurfte einiger Monate Vorlauf, doch die Bemühungen haben sich ausgezahlt. Seit Anfang des Jahres kümmert sich Harald Mair als Betriebsratsvorsitzender bei Atlas Copco Powercrusher um die Anliegen der Beschäftigten. In diesem Betrieb, der zum schwedischen Atlas Copco-Konzern gehört, werden Steinbrecher hergestellt. Die Neugründung eines Betriebsrates ist keine einfache Sache. Funktionierende Netzwerkarbeit, gute Kontakte zum PRO-GE Regionalsekretariat sowie engagierte MitarbeiterInnen bei Atlas Copco Powercrusher führten letztendlich zur erfolgreichen Betriebsratsneugründung.

Die neugewählten Betriebsräte haben sich, unterstützt von der PRO-GE Regionalbetreuung, ein umfangreiches Programm auferlegt. Inzwischen sind auch viele Beschäftigte von der Gewerkschaftsbetreuung überzeugt und deshalb der Gewerkschaft beigetreten. Die PRO-GE gratuliert zur Neugründung!

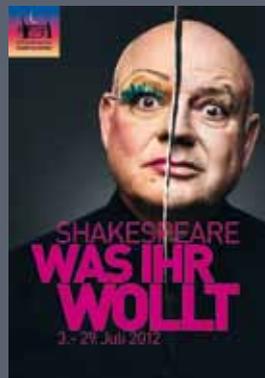
SCHLOSS-SPIELE KOBERSDORF 2012

„Was ihr wollt“ von William Shakespeare

Narren und Vernarrte bevölkern die Szene dieser liebessollen Komödie. Das gestrandete Mädchen Viola mischt in Männerkleidern die Verhältnisse eines ihr fremden Landes gehörig auf. Als „Cesario“ muss sie den Liebesboten für den Herzog spielen, den sie selber gerne heiraten würde. Erst nach einem vergnüglichen Verwechslungsspiel klärt sich auf, wer wem sein Herz schenken kann. Die Fassung von Shakespeares hinreißendem Theaterstück stammt von Werner Prinz, in dessen Inszenierung die Paraderollen u. a. von Wolfgang Böck, Doris Hindinger, Wolf Bachofner, Ronald Kuste, Alexander Jagsch und Walter Ludwig verkörpert werden.

**Spielzeit: 3. Juli (Premiere)
bis 29. Juli 2012 (Do.–So.)
Vorstellungsbeginn: 20.30 Uhr**

Karten für das Stück gibt es in dieser Ausgabe beim Preisrätsel auf Seite 23 zu gewinnen oder regulär unter www.kobersdorf.at



ArbeitnehmerInnen in der Metallbranche

Zufrieden mit Einkommen, aber Gesundheit leidet

Die Auswertung des Arbeitsklima Index der Arbeiterkammer erfolgte erstmals nach Berufen. Wir haben uns angesehen, wie zufrieden die ArbeitnehmerInnen der Eisen-, Metall- und Elektrobranche sind.

LINKTIPP:

Der gesamte Arbeitsklima Index der AK OÖ:
www.arbeitsklimaindex.at

Wie es der Wirtschaft geht, wird regelmäßig in Kennzahlen wie Bruttoinlandsprodukt oder Verbraucherpreisindex ausgedrückt. Wie es den Menschen am Arbeitsplatz geht, findet in diesen Zahlen aber keinen Niederschlag.

Wie geht es den Menschen? Seit 1997 gibt es auch für die Arbeitszufriedenheit einen Maßstab: den Österreichischen Arbeitsklima Index. Viermal jährlich werden die ArbeitnehmerInnen dafür zu ihrer persönlichen Bewertung ihres Arbeitsplatzes befragt, erstmals erfolgte die Auswertung nach Berufsgruppen. Generell sind ArbeiterInnen unzufriedener als andere Beschäftigte, besonders was die Erwartungen bezüglich ihrer Arbeitsmarktchancen sowie Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten betrifft.

Zufriedenheit mit Einkommen. Die Zufriedenheit mit dem Einkommen liegt in der Eisen-, Metall- und Elektrobranche bei 65 Prozent und somit um neun Prozentpunkte höher als in anderen Berufsfeldern. Und das, obwohl die Zufriedenheit seit 2008 um sechs Prozentpunkte abgenommen hat. „Die 2011 von den Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp erkämpfte Lohnerhöhung um durchschnittlich 4,2 Prozent war dringend notwendig und mehr als verdient“, meint dazu der oberösterreichische PRO-GE Landessekretär Walter Schopf.

Hohe Belastungen. Unfall- und Verletzungsgefahr sowie belastende Arbeitsbedingungen sind für die Beschäftigten der Metall- und Elektrobranche trotz eines Rückgangs nach wie vor ein großes Thema. Aktuell schätzen 15 Prozent der Befragten ihr Unfall- und Verletzungsrisiko als hoch ein, während dies in den übrigen Branchen nur zehn Prozent so sehen. 20 Prozent sind der Meinung, schlechte Bedingungen für ihre Gesundheit aufgrund der Arbeit zu haben (übrige Branchen: zwölf Prozent). Schichtarbeit kommt in der Eisen-, Metall- und Elektrobranche doppelt so oft vor wie in anderen Berufen: 31 Prozent der Beschäftigten leisten Schichtarbeit.

Belastungen nicht ignorieren. „Die Verantwortlichen sollten die Belastungen, denen ArbeitnehmerInnen in der Metallbranche ausgesetzt sind, nicht ignorieren. Das Thema Unfallvermeidung hat Priorität, aber auch die Arbeitsbedingungen sind brisant. Der hohe Anteil an Beschäftigten, die Schichtarbeit leisten, ist dabei nur ein Thema. Arbeitsverdichtung, Zeitdruck, Stress und daraus folgende psychische Belastungen sind andere Faktoren, die im Sinne der ArbeitnehmerInnen verbessert gehören“, fordert Schopf.





Frühjahrslohnrunde 2012

Zeit für kräftige Lohnerhöhungen

Sieben Industriezweige starten ab März ihre Kollektivvertragsverhandlungen. Für mehr als 120.000 Beschäftigte werden dabei Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie rechtliche Verbesserungen verhandelt.

Im März beginnt der Frühling und damit die Jahreszeit der Kollektivvertragsverhandlungen in der Elektro-/Elektronikindustrie (EEI) und in der chemischen Industrie, den (nach der Metallindustrie) zweit- und drittgrößten Industriebranchen des Landes. Gemeinsam mit Textil-, Glas-, Papier-, Bekleidungs- und Leder erzeugender Industrie verhandeln die Gewerkschaften

PRO-GE und GPA-djp im Frühjahr für mehr als 120.000 ArbeitnehmerInnen.

Positive Bilanz. Die Industrie kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Hauptverantwortlich für die positive wirtschaftliche Entwicklung in Österreich war die Sachgüterproduktion. „Die Erfolge wurden nicht an irgendeiner Aktienbörse ‚erspekuliert‘, sondern

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Februar: Hefe- und Spiritusindustrie: KV-Löhne +3,65 Prozent, neuer Mindestlohn 1.553,48 Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,65 Prozent, Dienstalterszulagen +3,65 Prozent, Zulagen und Zehrgelder +3,65 Prozent, Begünstigungsklausel für die Aufrechterhaltung der Überzahlung.

Gewürzindustrie: KV-Löhne +3,65 Prozent, neuer Mindestlohn 1.223,60 Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,65 Prozent, euromäßige Überzahlung bleibt aufrecht, überproportionale Erhöhung der Dienstalterszulage.

Fruchtsaftindustrie: KV-Löhne +3,65 Prozent, neuer Mindestlohn 1.436,94 Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,65 Prozent, Dienst-

alterszulagen +3,65 Prozent, stärkere Anhebung der Dienstalterszulage nach zehn Dienstjahren, Zehrgelder +3,65 Prozent, Begünstigungsklausel bleibt aufrecht.

Ab 1. März: Tabakwarenindustrie: KV-Löhne +3,95 Prozent, neuer Mindestlohn 1.879,78 Euro, Dienstalterszulagen +3,95 Prozent.

Kaffeemittelindustrie: KV-Löhne im Durchschnitt +3,67 Prozent, Erhöhung in der LK 3 755,- Euro/Jahr, neuer Mindestlohn 1.391,06 Euro, Dienstalterszulagen in allen Kategorien +3,65 Prozent, Berechnung der Lehrlingsentschädigungen mit der Lohngruppe 1, Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung.



von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschaffen“, stellt Rainer Wimmer, PRO-GE Vorsitzender und Verhandlungsleiter für die Elektro- und Elektronikindustrie, fest. „Jetzt müssen sie auch durch kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen daran beteiligt werden.“

Konjunktur stützen statt krankjammern. In Europa regiert allerdings derzeit der Sparstift, da ist auch Österreich keine Ausnahme (mehr zu den Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung auf den Seiten 4–9). Ein guter Grund, jetzt für eine Stärkung der Einkommen zu sorgen, und das nicht nur aus Sicht der ArbeitnehmerInnen. Denn auch die Wirtschaft braucht die Kaufkraftsteigerung, damit die Inlandsnachfrage aufrechterhalten wird. „Eine ordentliche Steigerung der Realeinkommen ist das richtige Signal, um die Konjunktur zu stützen“, bestätigt Wimmer.

Inflation massiv angestiegen. Wichtig ist das nicht zuletzt, weil der starke Anstieg der Verbraucherpreise im letzten Jahr die Kaufkraft schwer unter Druck gesetzt hat. Vor allem alltägliche Ausgaben etwa für Energie, Treibstoff oder Nahrungsmittel sind empfindlich gestiegen. Der Fokus der Gewerkschaften liegt daher auch weiterhin auf einer nachhaltigen Einkommensentwicklung. Die eindeutige Forderung von Rainer Wimmer: „Die Menschen müssen die Lohn- und Gehaltserhöhung im Geldbörstel spüren.“

Rahmenrecht hat hohen Stellenwert. Bei KV-Verhandlungen geht's aber nicht nur um Geld, auch bei den Arbeitsbedingungen sieht Wimmer Handlungsbedarf: „Der Leistungsdruck steigt und das geht auf Kosten der Gesundheit. Diese Mehrbelastung lässt sich nicht einfach durch mehr Geld abgelten.“ Von der ArbeitgeberInnenseite erwartet sich Wimmer diesbezüglich mehr Entgegenkom-

Frühjahrslohnrunde – Beschäftigte nach Branchen

• Elektro- und Elektronikindustrie	47.000
• Chemische Industrie	43.000
• Textilindustrie	8.800
• Glasindustrie	8.600
• Papierindustrie	7.500
• Bekleidungsindustrie	4.700
• Leder erzeugende Industrie	2.000

men als bisher. „Schließlich fordern gerade die Unternehmervertreter besonders gerne, dass die Menschen länger arbeiten und später in Pension gehen sollen.“

Bereit zum Durchstarten. Beim herbstlichen Pendant in Metallindustrie und Bergbau konnten die Gewerkschaften 2011 insgesamt rund 300 Millionen Euro zugunsten der Beschäftigten erreichen. „Für diesen Abschluss haben Mitglieder, Betriebsräte und Gewerkschaften gemeinsam hart kämpfen müssen“, erinnert der PRO-GE Vorsitzende. Rund 800 Aktionen und Streiks wurden in den Betrieben durchgeführt. Die Reaktionen der Mitglieder seien ausgesprochen positiv ausgefallen, sagt Wimmer: „Die Herbstlohnrunde hat allen gezeigt: Es lohnt sich, für etwas zu kämpfen. Dieses Resümee nehmen wir als Auftrag und als Ansporn ins Frühjahr mit.“



Wenn diese Ausgabe der „Glück auf!“ im Postkasten liegt, ist die Frühjahrslohnrunde bereits gestartet. Den Stand der jeweiligen Verhandlungen und alle weiteren Informationen zu den KV-Verhandlungen gibt's tagessaktuell im Internet auf www.proge.at.



Mit Entschlossenheit dageengehalten: Betriebsversammlung der EVU-Beschäftigten aus Wien, Niederösterreich und Burgenland in der Wiener Stadthalle.

Kollektivvertrag Elektrizitätsversorgungsunternehmen

Abschluss in der vierten Runde

Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp konnten die Kollektivvertragsverhandlungen der E-Wirtschaft erfolgreich abschließen. Aber erst die Ankündigung von Protestkundgebungen und Warnstreiks brachte die ArbeitgeberInnen zum Einlenken.

LINKTIPP:

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE
www.lohnstunden.at

Vier Runden wurden benötigt, um die diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 21.000 ArbeitnehmerInnen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) abzuschließen. „Die Angebote der Arbeitgeber hatten über weite Strecken der Verhandlungen wenig bis gar keinen Bezug zur wirtschaftlichen Realität der Branche“, resümiert PRO-GE Verhandlungsleiter Manfred Anderle. Lange Zeit blieben die angebotenen Lohn- und Gehaltserhöhungen sogar unter der Inflationsrate.

Gemeinsam für den KV eingetreten. Doch die Beschäftigten hielten dagegen. In regionalen Betriebsversammlungen beschlossen die Belegschaften einstimmig, bei einem Scheitern der dritten Verhandlungsrunde Protestkundgebungen und Warnstreiks durchzuführen. Erst unter dem Eindruck der

näher rückenden Kampfmaßnahmen zeigten sich die ArbeitgebervertreterInnen zu einem Umdenken bereit.

Solidarität zahlt sich aus. „Die Beschäftigten haben ihren Zusammenhalt eindrucksvoll unter Beweis gestellt“, bestätigt Anderle. „Nur durch diese Entschlossenheit konnten vernünftige Lohn- und Gehaltserhöhungen durchgesetzt werden.“ Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne steigen zwischen 4,0 und 4,2 Prozent, die Ist-Löhne zwischen 3,8 und 4,0 Prozent. „Damit ist auch eine weitere Forderung der Gewerkschaften, nämlich eine stärkere Erhöhung der unteren Einkommen, umgesetzt worden“, so Anderle.

Das Ergebnis im Überblick:

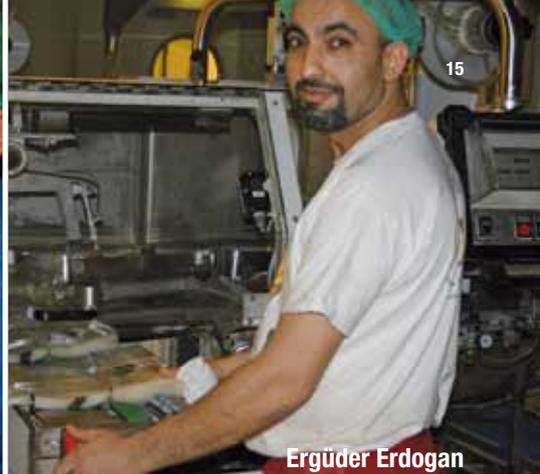
- Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne zwischen 4,0 und 4,2 Prozent
- Erhöhung der Ist-Löhne um 4,0 Prozent
- Erhöhung der Ist-Löhne in den innerbetrieblichen Vorrückungsstufen ab dem 12. Dienstjahr um 3,8 Prozent
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen um 4,2 Prozent
- Erhöhung der Aufwandsentschädigungen um 3,0 Prozent
- Erhöhung der Zulagen um 3,9 Prozent
- Erhöhung der Kinderzulage auf 50,- Euro (plus 11 Prozent)



Niyazi Coban



Suat Okyar



Ergüder Erdogan

„Jetzt wird mehr auf die ArbeitnehmerInnen geschaut und geredet.“

„Wenn man seine Rechte kennt, kann man etwas verändern.“

„Zusammen sind wir eins, allein sind wir nichts.“

ArbeiterInnenbetriebsrat im Blickpunkt

Einsatz für Gerechtigkeit

410 Beschäftigte arbeiten in Linz und Pichling für Fischer Brot. Über 80 Prozent der ArbeiterInnen sind MigrantInnen. Nach mehr als 50 Jahren Firmengeschichte gibt es nun einen Betriebsrat. „Cobans Team FSG“ stellt fünf der sieben BR-Mitglieder. Die „Glück auf!“ wollte wissen, wie die Gründung verlief, was sich im Betrieb verändert hat. Niyazi Coban, Ergüder Erdogan, Suat Okyar und Manuel Kroiher im Interview.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.betriebsraete.at
www.proge.at/betriebsrat

Glück auf!: Welche Schwierigkeiten gab es bei der Gründung?

Coban: Unsere Kolleginnen und Kollegen hatten keine Ahnung, was ein Betriebsrat ist und was er für sie tun kann. Viele hatten Angst und haben geglaubt, dass sie gekündigt werden, wenn sie zur Betriebsversammlung oder zur Wahl gehen. Die Geschäftsführung war gegen einen Betriebsrat. Auf uns Kandidaten wurde Druck ausgeübt.

Okyar: Aber wir haben zusammengehalten. Es ist wichtig, dass die

KandidatInnen großes Vertrauen bei den Kolleginnen und Kollegen haben. Viele waren mit dem Lohn, den Arbeitszeiten und mit manchen Vorgesetzten nicht zufrieden. Es gab keine Möglichkeit für Änderungen.

Was hat sich durch die Wahl verändert?

Coban: Das Selbstvertrauen der Kolleginnen und Kollegen ist gestiegen und sie haben weniger Angst, die Arbeit zu verlieren. Der Ruf der Firma hat sich sehr verbessert. Die Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung funktioniert. Früher hieß es oft: „Nein, das gibt's nicht.“ Jetzt wird mehr auf die ArbeiterInnen geschaut. Ich kann mit der Geschäftsführung die Probleme besprechen, meist wird schnell eine Lösung gefunden.

Warum bist du Betriebsrat geworden?

Kroiher: Ich kenne den Produktionsbereich sehr gut. Mit dem Chef komme ich gut zurecht. Außerdem engagiere ich mich gern und rede lieber mit. Manchmal ist es an-

strengend, weil die Leute wirklich mit allem kommen.

Coban: Das Vertrauen, das ich bekomme. Ich kann Verantwortung übernehmen und für die Menschen etwas tun.

Okyar: Der Einsatz für Gerechtigkeit – für etwas zu kämpfen, bringt Zufriedenheit. Wir lernen über unsere Rechte und können die Probleme besprechen. Wenn man seine Rechte kennt, kann man etwas verändern.

Was habt ihr schon erreicht? Woran arbeitet ihr?

Coban: Die Zuschläge werden jetzt korrekt bezahlt. Die neue schriftliche Urlaubsmeldung garantiert, dass über Urlaub oder Zeitausgleich rasch entschieden wird und keine Missverständnisse entstehen. Schulungen finden nun in der Arbeitszeit statt. Derzeit verhandeln wir ein neues Lohnsystem, danach wollen wir familiengerechtere Arbeitszeiten erreichen.

Worauf muss man als Betriebsrat achten?

Erdogan: Sich koordinieren, mit einer Stimme reden und die ganze Betriebsratsarbeit ernst nehmen. Zusammen sind wir eins, allein sind wir nichts – das ist meine Überzeugung.

Coban: Wichtig ist, die Sache selbstbewusst anzugehen. Bei der Gewerkschaft bekommt man gute Unterstützung. Dann muss man Verbündete suchen und gemeinsam die einzelnen Schritte gehen.

Betriebsreportage

Gemüse am laufenden Band

In der Firma ARDO in Groß-Enzersdorf dreht sich alles ums Gemüse. Spinat, Erbsen, Bohnen oder Wurzelgemüse aus dem Marchfeld werden hier von rund 220 ArbeiterInnen verpackt und in die ganze Welt geliefert.



Im Werk in Groß-Enzersdorf hat sich die Firma auf Gemüse spezialisiert. Rund 500 Produkte, von Gemüsesticks über Misch- oder Rahmgemüse, werden hier für verschiedenste Marken hergestellt.

Hier werden die Gewürzmischungen für die verschiedenen Produkte abgewogen.





In der Hauptsaison von Ende April bis Weihnachten läuft die Frischproduktion. In der Nebensaison wird hauptsächlich abgefüllt oder es werden Instandhaltungen und Reparaturen, hier von einem Lehrling, durchgeführt.



„Ich gehöre schon fast zum Inventar“, scherzt Betriebsrätin Silvia Vockathaler (re.) über ihre bereits 20-jährige Betriebszugehörigkeit. Sie ist seit 2007 Teil des sechsköpfigen Betriebsratsteams.



In der Mischanlage hat es minus 23°C. Die ArbeiterInnen dürfen hier nur kurze Zeit arbeiten und müssen sich dann wieder aufwärmen. Gerade im Sommer stellt der Temperaturunterschied eine enorme Belastung dar.



Die Automatisierung hat auch in diesem Werk Einzug gehalten. Waren hier früher noch rund 1.200 Menschen beschäftigt, erledigen heute Sortier- und Verpackungsmaschinen einen Großteil der Arbeit.



Dietmar Breiner ist seit 2007 Betriebsratsvorsitzender. Seither hat er einen Jugendvertrauensrat installiert und engagiert sich sehr für die Gründung eines Europäischen Betriebsrates im Konzern.





Portugal: Besser spät als gar nicht

Ein geduldiges Land wird ungeduldig

In Portugal stehen erneut Massenproteste vor der Tür. Ende März wird die größte Gewerkschaft mit einem Generalstreik gegen den harten Sparkurs demonstrieren. Doch die Regierung denkt nicht daran, das Korsett wieder zu lockern.

Krisen sind in Portugal nichts Neues. Die Bevölkerung ist einiges gewohnt und daher entsprechend geduldig – bis das Fass wie derzeit überläuft. Die Wirtschaftskrise und der strenge Sparkurs haben das Land in eine Rezession getrieben. Portugal weist eine der höchsten Arbeitslosenraten in der Eurozone auf und immer mehr gut ausgebildete Arbeitskräfte versuchen ihr Glück im Ausland. Die soziale Stabilität des Landes ist gefährdet.

Größte Demo seit 30 Jahren. Als „Angriff auf die Arbeiter und die nationalen Interessen“ bezeichnet Armenio Alves Carlos, Generalsekretär der größten portugiesischen Gewerkschaft CGTP, das Sparpaket. Die CGTP organisierte am 11. Februar eine Demonstration gegen die Arbeitsmarktreform in der Hauptstadt Lissabon. 300.000 Menschen folgten ihrem Aufruf und beteiligten sich damit an der größten Demonstration der letzten 30 Jahre.

Generalstreik. Ende März will die CGTP mit einem Generalstreik das Land lahmlegen. Mit der Unterstützung der zweitgrößten Gewerkschaft UGT kann sie nicht rechnen, denn die beiden Gewerkschaftsverbände sind bei der Arbeitsmarktreform gespalten. Während die UGT mit den ArbeitgeberInnen rechtliche Einschnitte im Arbeitsgesetz vereinbart hat, um die Auswirkungen der Rezession abzuschwächen, will die kommunistische CGTP solche Kompromisse nicht mittragen. Die Reformen sehen unter anderem vor, Kündigungen zu vereinfachen, Feiertage abzuschaffen, Urlaubstage zu streichen und den Mindestlohn zu senken.

Hilfspaket gegen Sparpaket. Dieses enge Korsett muss Portugal als Preis für das Hilfspaket von 78 Milliarden Euro tragen. Die EU-Troika (Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank, EU-Kommission) stimmte der finanziellen Hilfe im Mai 2011 nur zu, weil sich das Land gleichzeitig zu einem strikten Sparkurs über drei Jahre verpflichtete. Angesichts einer abstürzenden Wirtschaft sind die Maßnahmen fragwürdig. Verbesserungen sind bisher kaum sichtbar.

Düsterer Ausblick. Portugal bräuchte dringend Investitionen, um wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Als Produktionsstandort ist das Land aber seit der EU-Osterweiterung wenig attraktiv und Betriebe leiden unter einer Kreditklemme. Die Mehrwertsteuer wurde bereits auf 23 Prozent erhöht. Lohnkürzungen und weitere soziale Einschnitte, wie von der konservativen Regierung angekündigt, lassen nicht lange auf sich warten. Gerade jetzt wäre ein gemeinsames Auftreten der beiden Gewerkschaften wichtig. Und das „besser spät als gar nicht“, wie ein portugiesisches Sprichwort sagt („Mais vale tarde que nunca“).

Newsticker international

GRIECHENLAND: EU will Kollektivverträge abschaffen

Um von der EU weitere Hilfsgelder zu erhalten, will die EU-Troika die Kollektivverträge in Griechenland abschaffen. Immer wieder greift die Troika massiv in den griechischen Arbeitsmarkt ein und erhöht damit den sozialen und wirtschaftlichen Druck auf das Land.

EUROPA: Neuer Industriearbeiterverband

Der Europäische Metallarbeiterverband, der Europäische Chemie-, Energie- und Bergarbeiterverband und der Europäische Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuharbeiterverband werden sich im Mai 2012 zum Europäischen Industriearbeiterverband zusammenschließen.

DEUTSCHLAND: Tarifrunde für ZeitarbeiterInnen vertagt

Die geplanten Tarifverhandlungen der IG Metall für Hunderttausende LeiharbeiterInnen in der deutschen Metall- und Elektroindustrie wurden auf den 20. März vertagt.

Marissa Schicho ist angehende Produktionstechnikerin beim Lichttechnikhersteller Zumtobel in Dornbirn. Die 19-jährige Jugendvertrauensrätin steht kurz davor, ihre beruflichen Ziele zu verwirklichen. Im Interview zieht sie Bilanz über ihre Zeit als Lehrling und ihre Erwartungen an die Zukunft.



Lehre bei Zumtobel

Wer sich für etwas interessiert, kann alles lernen.“

LINKTIPP:

Mehr Infos unter www.zumtobel.com

Glück auf!: Im April steht die Abschlussprüfung deiner Lehre vor der Tür. Wie geht es dir vor der Prüfung?

Marissa: Ich bin schon ziemlich nervös, denn es ist viel Stoff zu lernen. Insgesamt müssen wir 1.500 Fragen aus sechs Fachbereichen können.

Wieso hast du dich für eine Lehre als Produktionstechnikerin entschieden?

Mein Mathelehrer meinte, ich könne sehr gut Kopfrechnen und sollte in die Technik gehen. Ich habe mich daraufhin in technischen Berufen

umgesehen und mich für die Lehre bei Zumtobel entschieden. Den Umgang mit Werkzeugen war ich gewohnt, da ich aus einer Handwerksfamilie komme. Für die Lehre ist vor allem Interesse nötig. Wer sich für etwas interessiert, kann alles lernen.

Was hältst du von der Lehre mit Matura?

Ich hätte sie gerne gemacht, damals war es aber leider schon zu spät für mich. Die Firma hält zwar viel davon und informiert auch regelmäßig darüber, aber nur wenige Lehrlinge machen sie. Wahrscheinlich, weil eine weitere Ausbildung neben der Lehre sehr anstrengend ist.

Wie ist das Verhältnis zwischen Lehrlingen und Ausbildnern?

Wir haben ein sehr gutes Verhältnis zueinander. Die Ausbildner sind sehr geduldig mit uns, immerhin können wir auch lästig sein. Bei Zumtobel haben Lehrlinge viele Freiheiten und es wird viel an Projekten gearbeitet. Den Ausbildnern gefällt es, wenn wir mit Vorschlägen und Ideen kommen. Die meisten davon dürfen wir auch umsetzen.

Du bist Jugendvertrauensrätin mit Leib und Seele. An welche positive Erfahrung erinnerst du dich gerne?

Wir haben im Jugendvertrauensrat eine bessere Qualität der Ausbildung erreicht. Anfangs wurden Lehrlinge wie Hilfsarbeiter behandelt und von Abteilung zu Abteilung geschoben. In einer Versammlung unter den Lehrlingen haben wir besprochen, was wir gerne geändert hätten und haben den Ausbildnern Vorschläge vorgelegt. Dadurch haben wir unter anderem erreicht, dass die Metallausbildung zu Beginn der Lehrzeit länger dauert, wir mehr Ansprechpartner im Werk haben und wir durch eigene Arbeitskleidung auch als Lehrlinge auftreten können.

Was möchtest du nach der Lehre machen?

Ich will auf jeden Fall bei Zumtobel bleiben. Am liebsten in der Aluvorfertigung, wo ich derzeit auch Probearbeiten mache. Dort erzeuge ich Werkzeuge und arbeite an Maschinen. Das ist genau, was ich mir vorgestellt habe.

Achtung Kamera



Prävention zählt sich aus. Gesunde Unternehmensverhältnisse im Einklang mit gesunden Lebensgewohnheiten: Diesem Anliegen widmete sich die Gewerkschaft PRO-GE in einer Informationsveranstaltung. Auch Gesundheitsminister Alois Stöger war gekommen.



Die PRO-GE Ortsgruppe Voitsberg/Köflach ehrte 26 langjährige Mitglieder. Hubert Holzzapfel und August Ofner-Hösl von der PRO-GE bedankten sich bei den JubilarInnen für die Treue zur Gewerkschaft, darunter auch bei Johann Maurer für 65 Jahre Mitgliedschaft.



„Scher on Tour“. Die PRO-GE Frauen machen mit ihrer Kampagne „Scher dich drum“ auf die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern aufmerksam. Hier der Kampagnenstart in Kärnten.



Bildung stärkt! Sead Bijeljina (Csernohorsky), Brigitte Giller (Opel), Christian Szalay (Fernwärme), Alexander Wirth (Intervet), Friedrich Strasser (Manpower) feierten den erfolgreichen Abschluss der BetriebsrätInnenakademie. Beate Albert, Renate Blauensteiner und Erich Deingruber von der PRO-GE gratulierten.



PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer besichtigte das Siemens-Werk in Wien-Simmering. In den Diskussionen mit den Beschäftigten und dem Betriebsratsvorsitzenden Franz Schuh ging es um die Arbeitsbedingungen vor Ort.

Alles, was recht ist!

Grenzüberschreitende Arbeitskräfte- überlassung

Änderungen in den Arbeitsverträgen für nach Österreich überlassene Arbeitskräfte forderte die PRO-GE Rechtsabteilung von einer Liechtensteiner Leiharbeitsfirma. Vor Kurzem war auch der Oberste Gerichtshof mit dem Arbeitskräfteüberlasser aus dem Fürstentum konfrontiert.

LINKTIPP:

Mehr Rechtsinfos unter
www.proge.at/recht

Leiharbeit unterliegt in Österreich klaren Regelungen. Was gilt aber, wenn Arbeitskräfte aus dem Ausland „über die Grenze“ überlassen werden? Die Arbeitsverträge von aus Liechtenstein an eine Vorarlberger Nahrungsmittelfirma überlassenen LeiharbeiterInnen kamen dem dortigen Betriebsrat verdächtig vor. Wie sich zeigte zu Recht: Die PRO-GE Rechtsabteilung stellte eine lange Liste an Verstößen fest (die „Glück auf!“ berichtete).

Stück für Stück nachgegeben. Das seit 1. Mai 2011 gültige Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping bestimmt nämlich unter anderem, dass für alle im Land tätigen LeiharbeiterInnen das österreichische Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG) anzuwenden ist – egal wo sich der Sitz der Überlasserfirma befindet. Das musste auch der Liechtensteiner Arbeitskräfteüberlasser zur Kenntnis nehmen, einen

Großteil der beanstandeten Vertragsinhalte zügig korrigieren und in der Folge bei den weiteren von der PRO-GE geforderten Änderungen Stück für Stück nachgeben.

Vorbehalte. Nur in einem Punkt schaltete die Leiharbeitsfirma auf stur: Bei den Verfallsfristen sahen die Verträge Liechtensteiner Recht vor und damit drei Monate – deutlich weniger als nach österreichischem Recht. Das widersprach dem AÜG, laut dem Vereinbarungen, die Verfalls- oder Verjährungsvorschriften verkürzen, verboten sind. Vorübergehend musste der Arbeitskräfteüberlasser auch in diesem Punkt nachgeben, allerdings nicht ohne Hinweis auf ein bereits anhängiges Gerichtsverfahren. In Liechtenstein zeigte man sich zuversichtlich, dass in dem Rechtsstreit die Gültigkeit der kürzeren Fristen bestätigt würde und die strittige Vertragsbestimmung damit wieder in ihre ursprüngliche Fassung zurückgesetzt werden könne.

Urteil in oberster Instanz. Schlussendlich durchlief das Verfahren sämtliche Instanzen, die Liechtensteiner zogen bis vor den Obersten Gerichtshof (OGH). Dieser bestätigte dann Ende Jänner die auch von der PRO-GE vertretene Auffassung, dass allein die österreichischen Fristen gültig sind. Kuriosum



am Rande: Der Anlassfall für das Gerichtsverfahren betraf Ansprüche aus dem Jahr 2008. Die von der Leiharbeitsfirma bis zuletzt verteidigte Vertragsklausel war damit laut OGH-Urteil sogar schon vor Inkrafttreten des Gesetzes gegen Lohn- und Sozialdumping illegal.

Die Expertinnen und Experten der PRO-GE-Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der Tel.-Nr. (01) 534 44-69140 bzw. per E-Mail an recht@proge.at gerne weiter.

Wanderwoche von Juli bis September 2012

HOTEL Bad Hofgastein



PRO-GE
Urlaub & Seminar GmbH

Foto: Claudia Ziegler / Bergbahnen Hofgastein

Erst wandernd durch das Gasteinertal abwechslungsreiche Geschichte und Tradition erleben und die Felsen auf der Schlossalm, die 140 Meter hohe Hängebrücke am Stubnerkogel oder auch die zahlreichen Naturerlebnisse, die der Sommer in Bad Hofgastein bietet. Dann als Ruhepool die Alpentherme Gastein genießen.

Die Therme ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom HOTEL Bad Hofgastein aus im Bademantel erreichbar. Die Gratisbenutzung der Alpentherme Gastein beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15.00 Uhr und endet am Abreisetag um 8.00 Uhr.

Leistungen:

- reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- 6-Tages-Wanderkarte der Gasteiner Bergbahnen
- 1 x wöchentlich Themenbuffet
- freie Benützung von Sauna und Dampfbad im Haus
- freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- und Ladies-World)

Anmeldung ab sofort:

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
E-Mail: urlaub@proge.at
Telefon: 01/534 44-69705, 69707
Telefax: 01/534 44-103211
www.proge.at/urlaub

Preise 7 Nächte/Halbpension:	PRO-GE	ÖGB	Nichtmitglieder
Erwachsene	469,00	553,00	693,00
Kinder 6–14 Jahre	185,50	241,50	311,50
Jugendliche 15–16 Jahre	283,50	339,50	395,50
Jugendliche 17–18 Jahre	308,00	364,00	420,00

Kinder bis 5 Jahre logieren frei im Zimmer der Eltern. Aufzahlung Halbpension für Kinder 4–5 Jahre: € 10,00 pro Nacht. Aufzahlung für Einzelpersonen im Doppel- bzw. Mehrbettzimmer sowie Kinder im eigenen Zimmer: € 7,00 pro Nacht. Ermäßigung bei Zimmern ohne Balkon oder Panoramafenster!

CARTOON:



Preisrätsel



Schicke das Lösungswort mit Namen und Adresse bis 20. April 2012 an

PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

(bitte ausreichend frankieren)

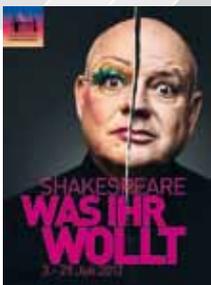
oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 1 Ein Doktor für den Kellner? Er ist im Spital schon was geworden!
- 6 Echt süßes Produkt des Bienenfließes
- 7 Hier wird im Schiffsbauch Platz gemacht/ für Container oder andere Fracht
- 9 Den findest du im Milchkanl zuoberst(t)
- 10 Wer's *ist*, kriegt Gehalt für seinen Job – wer's *hat*, den schimpft man bloß darob
- 12 Was man für Frauen frühzeitig anheben wollte – Kommentare siehe S. 7
- 17 Besuche dort bringen wenig Pläsier, aber: bei Berufsverlust brauch-bare Behörde
- 19 Unter Portugals Gewerkschaften ist sie die Größte (siehe S. 18)
- 20 Schulung für Ausgabekürzer? Dagegen gibt's auf S. 18 Generalstreik!
- 21 So ca. 1,6 km – die Distanz lässt sich z. B. zwecks Shopping gehen
- 22 Täglich (!) Essbares, auf S. 15 ausgebacken
- 23 Eine Aufforderung zum Fliegemachen

Senkrecht:

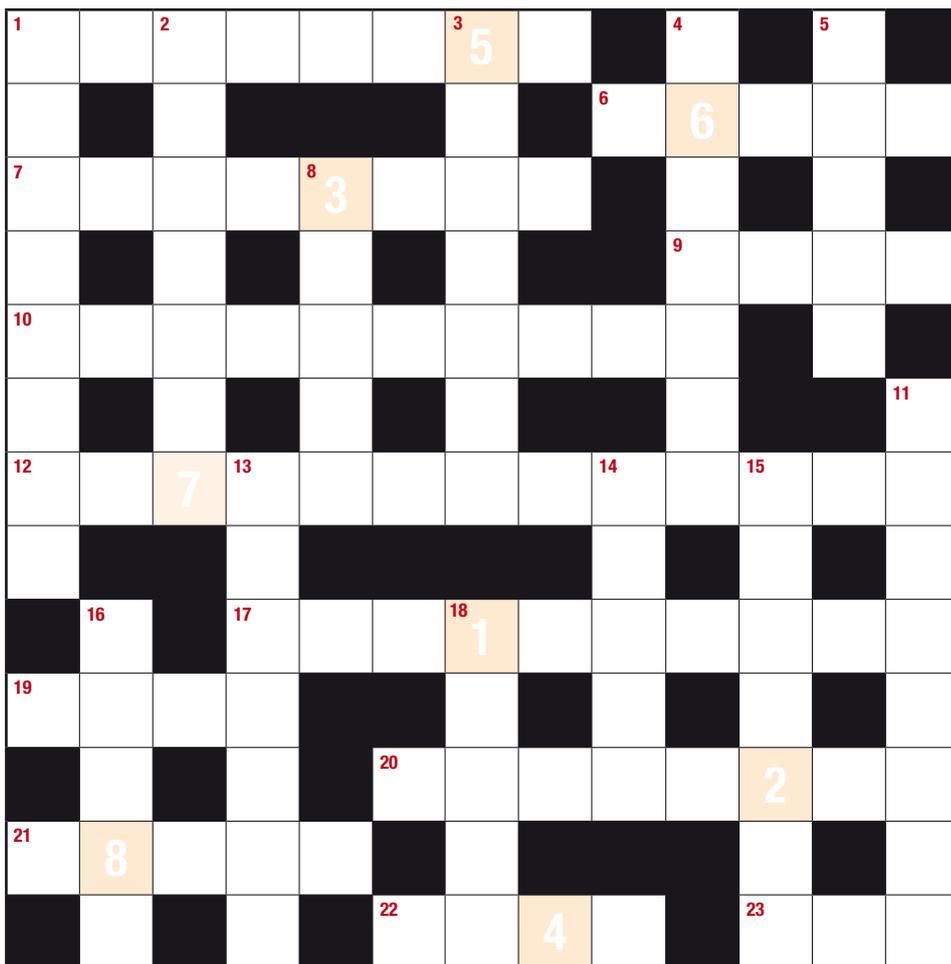
- 1 Echt fett: Worin wohnt der Dschinn/ vom jungen Aladin?
- 2 Ein Betriebsrat von S. 15 ist namentlich auch als türkischer Premier bekannt
- 3 Zögern kommt heraus, wenn *der* im *Zaun* steckt
- 4 Sorgt am Opernball für Tratsch und am Bau für Ziegel-Zusammenhalt
- 5 Eine Sache für helle (!) Köpfcchen, *die* Technik für Marissa von S. 19
- 8 Dem österreichischen Dichter fühlt sich *Resi O.* anagrammatisch verwandt
- 11 Bezeichnend für die StaatsbürgerInnen in England, Schottland und Wales
- 13 Auftürmen im 7 waagrecht, bei Paletten z. B. per Gabel machbar
- 14 Die Blume wird buchstäblich im *Laster* geliefert
- 15 Hochzeitlich zu beantworten: Wozu Mutige in die Kirche gehen?
- 16 Er folgt im Märzen auf den Pflüger (und gehört als Maler zu Lienz)
- 18 Suchst du im Kirchenschiff den Chor,/ heb deine Blick hoch –



Zu gewinnen gibt es:

2 x 2 Karten für die Schloss-Spiele Kobersdorf (siehe Seite 10)

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht eine Region, wo Krisen schon länger währen.



Rätsel: Vera Rittnerich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: SEMINARE

W: 1 IDEALE 5 LASTER 8 WERKVERTRAEGE 9 VERNETZE 10 VASE 12 TANTUM 14 GESAMT 16 SKIN 18 NOVELLEN 20 SANTA PRECARIA 21 EINZEL 22 TRAEGE

S: 2 DAENEMARK 3 ANKUNFT 4 EVENT 5 LETREUG/GUERTEL 6 THEMA 7 RUEDE 11 SIMMERING 13 MONOPOL 15 SULTANA 16 SOSSE 17 INNEN 19 VOEST

Der Gewinner aus Ausgabe 1 GLÜCK AUF!

Franz Haider, 4222 St. Georgen

Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

PRO-GE
Urlaub & Seminar GmbH

Die PRO-GE Urlaubshäuser

HAUS KRUMPENDORF am Wörthersee

Urlaub-Seminar-Wellness

9201 Krumpendorf/Wörthersee
Heinzelweg 16-20
Telefon: (04229) 3568
Telefax: (01) 53 444-103402
E-Mail: krumpendorf@proge.at

**Ferien-/Urlaubsbetrieb
ab 23. Juni 2012**

HAUS VELDEN am Wörthersee

Urlaub-Wellness

9220 Velden/Wörthersee
Klagenfurter Straße 36
Telefon: (04274) 2447
Telefax: (01) 53 444-103403
E-Mail: velden@proge.at

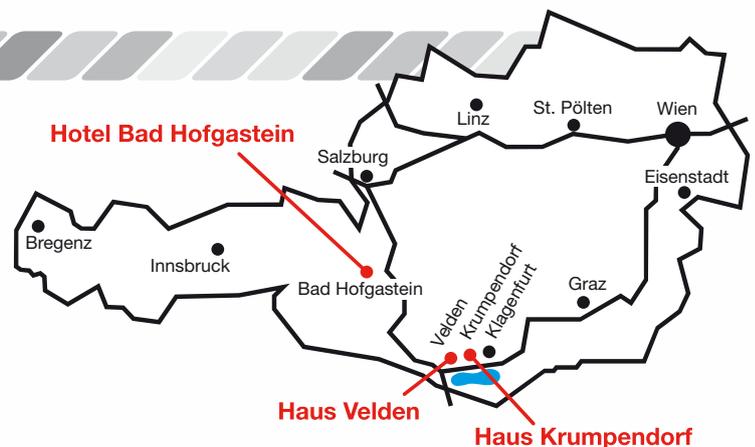
**Eröffnung
voraussichtlich
25. Mai 2012**

HOTEL BAD HOFGASTEIN

Urlaub-Seminar-Wellness

5630 Bad Hofgastein
Rudolf-Bachbauer-Gasse 7
Telefon: (06432) 8327
Telefax: (01) 53 444-103401
E-Mail: hofgastein@proge.at

**Eröffnung
voraussichtlich
7. Juli 2012**



PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, E-Mail: urlaub@proge.at
Telefon (01) 53 444-69705, 69707, Telefax (01) 53 444-103211

www.proge.at/urlaub

www.proge.at